

# Eübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeitspalte oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 212.

Dienstag, den 10. September 1918.

25. Jahrg.

## Ueber die Köpfe.

Der Austausch der ratifizierten Zusatzverträge zwischen Deutschland und Rußland ist erfolgt ohne Einholung der verfassungsmäßig notwendigen Zustimmung des Reichstages. Der „Berliner Lokalanzeiger“, der sich gern zum Sprachrohr offizieller Meinungen macht, sieht den Grund für diese ungeheuliche Handlungsweise in dem Umstand,

„daß unsere Regierung sich ungeachtet der Verhältnisse im Osten der gebieterischen Notwendigkeit nicht verschließen konnte, eine baldige Festlegung der deutsch-russischen Beziehungen herbeizuführen, was natürlich nicht möglich gewesen wäre, wenn zuvor der Reichstag hätte gehört werden müssen.“

Wir können uns dieser Argumentierung durchaus nicht anschließen. Eine Durchberatung der Verträge im Reichstag hätte, zumal wenn die Regierung die Notwendigkeit einer beschleunigten Erledigung überzeugend nachweisen konnte, binnen weniger Tage erfolgen können. Aber gerade diese sonderbare Eile ist es, die den Vertrag gleichzeitig verdächtig macht.

Was ist das für ein seltsamer Vertrag, der die Beziehungen zweier Völker auf Jahre hinaus regeln soll, und dessen Abschluß gleichwohl eine Verzögerung von 5 oder 8 Tagen nicht verträgt?! Hält die deutsche Regierung die inneren Verhältnisse Rußlands für so wenig konsolidiert, daß auch die kleinste Verzögerung die Gefahr des Nichtzustandekommens in sich barg, so ist der Vertrag auch von ihrem Standpunkte aus wertlos. Er ist dann wirklich nur ein Fingerring aus Papier, denn ob ein solcher Vertrag erst gar nicht geschlossen oder acht Tage nach seinem Abschluß nicht mehr anerkannt wird, das bedeutet nur einen formellen Unterschied von geringer Tragweite.

Wir tadeln die Außerachtlassung wichtiger verfassungsmäßiger Bedingungen keineswegs nur aus formaler Rechthaberei. Die anerkannten Rechte des Reichstages unter unserem „halbparlamentarischen“ System sind ja an sich noch immer so gering, daß es notwendig erscheinen könnte, auf alle Fälle die genaue Beobachtung dieser wenigen Rechte zu bewachen. Aber es dreht sich hier keineswegs nur um eine Formalie. Der ganze Vorgang ist ein Symptom dafür, wie unsere Diplomatie noch immer glaubt, über die Köpfe der Bevölkerung hinweg schalten und walten zu können. Man hat den Vertrag ebenso über die Köpfe der deutschen Volksvertreter hinweg abgeschlossen, wie einzelne Bestimmungen die Köpfe der beteiligten Randvölker hinweg getroffen worden sind.

Die Hauptschuld liegt allerdings nicht einmal bei der Regierung. Der Vorwurf, ein wertvolles parlamentarisches Recht verkleinert zu haben, trifft in erster Linie die Führer der bürgerlichen Parteien, die sich nach einem Einbild in den Vertrag, namens ihrer Fraktionen mit ihm einverstanden erklärt haben. Gegen ein solches Vorgehen, das dazu weit über die Kompetenzen einzelner Parlamentarier hinausgeht, hat bei dieser Besprechung Genosse Ebert mit Recht einschneidende Verwahrung eingelegt.

Das ganze Vorgehen kann nicht dazu beitragen, im Ausland den Eindruck zu erwecken, als ob die deutsche auswärtige Politik sich mehr als früher in Uebereinstimmung mit dem Volkswillen befindet, als ob der Einfluß der Volksvertretung auf den Regierungskurs gewachsen sei. Schon dieser Eindruck bedeutet ein Mißtrauen, das wir bei dem Abschluß des Vertrages in Rechnung setzen müssen.

Sachlich kann der vorliegende Wortlaut des Vertrages die bereits geäußerten Bedenken nur verstärken. Gemäß enthält der Vertrag auch einzelne Bestimmungen, die Beifall erwecken, wie die Einsetzung internationaler Schiedsgerichte in dem Rechtsabkommen. Gewiß ist sachlich auch nicht ausschließend Rußland der gehende und Deutschland der nehmende Teil, sondern es sind Bestimmungen in dem Vertrag enthalten, die für die Russen von Vorteil sind. Es ist schließlich auch nicht zu behaupten, daß selbst eine bolschewistische Regierung ihre Zustimmung unter dem Vertrag gesetzt hätte, wenn er gegenüber dem ersten Brest-Abkommen lediglich Verschlechterungen für Rußland aufgewiesen hätte.

Ein Teil der deutschen Presse stellt mit großer Genugtuung fest, daß das Exekutivkomitee der Räteregierung der Ratifizierung mit mehreren hundert gegen nur 2 Stimmen zugestimmt und das Abkommen als für Rußland günstig bezeichnet habe. Wir haben oftmals betont, daß es sich um rein bolschewistisch zusammengekehrte Körperschaften handelt, und daß eine spätere russische Regierung über das, was für Rußland günstig oder ungünstig ist, vielleicht einmal ganz anders urteilen könnte. Auf das bolschewistische Exekutivkomitee hat es beispielsweise großen Eindruck gemacht, daß Deutschland sich verpflichtete, das jetzige kommunistische Wirtschaftssystem Rußlands anzuerkennen. Eine spätere nichtkommunistische Regierung wird sich vermutlich für diese Zusicherung sehr wenig interessieren. Dafür wird sie gegenüber anderen Punkten (wie z. B. Gebietsfragen) durchaus nicht dieselbe Gleichgültigkeit an den Tag legen, wie dies die Bolschewisten getan haben. Wir dürfen schließlich auch nicht vergessen, daß die Räteregierung ihre Zu-

stimmung zum Vertrag nunmehr in Volksversammlungen usw. verteidigen und daher naturgemäß die für Rußland günstigen Bestimmungen möglichst herausstreichen muß.

Jedenfalls kann uns die Zustimmung der bolschewistischen Regierung nicht von unserer Meinung abbringen, daß die Zusatzverträge noch mehr als der ursprüngliche Vertrag von Brest-Litowsk für die späteren Beziehungen zwischen dem deutschen und dem russischen Volke eine unheilvolle Rolle spielen werden. Zudem vergrößern sie noch die Atmosphäre der Deutschland umlagernden Unzufriedenheit. Bezüglich Livlands und Estlands lagen sie, in genau der gleichen verschwommenen Form wie der Brest-Vertrag, daß das zukünftige Schicksal dieser Länder „im Einvernehmen mit ihrer Bevölkerung“ geregelt werden wird.

Was darunter zu verstehen ist, wissen wir nun zur Genüge, man läßt die Bevölkerung „vertreten“ sein durch eine dünne Oberschicht und verschließt vor dem Umstand, daß deren Wille dem der großen Masse zuwiderläuft, einfach die Augen. Nicht die geringste Einsicht, daß die Zeiten vorbei sind, in der man Völker mittels dünner und oberdrein fremdbräufiger Oberschichten lenken konnte. Der moderne Industrialismus und Kapitalismus, verbunden mit dem geistigen Fortschritt, hat überall zu einem Erwachen auch der Völker geführt, die bisher im dumpfen Dämmerne der Halbbarbarei dahinlebten. Die deutsche Politik im Osten stemmt sich gegen eine Entwicklung, die einfach nicht aufzuhalten ist, das beweist Böhmen, das beweist Polen, das beweist die ganze Entwicklung des Ostens. Die Oberschichten mögen kulturell Gutes geleistet haben (in Wirklichkeit haben sie sich diese Leistung sehr teuer bezahlen lassen), ein Rechtstitel auf ewige Herrschaft und nationale Unterdrückung der anderen erwacht ihnen hieraus nicht. In der Säuferei reif, so muß der Lehrer abtreten. Ein Lehrer, der den mündig Gewordenen bis ans Ende schulmeißern will, macht sich als unerträglicher Tyrann verhasst, wenn er dem Unmündigen auch genügt hat.

Will die deutsche Politik unsere Zustimmung finden, so muß sie vor allem mit dem Grundsatz brechen, über die Köpfe der Völker hinweg regieren zu wollen. In den Zusatzverträgen ist das noch weniger geschehen, als im Frieden von Brest-Litowsk.

## Die Sowjetregierung und die Verschwörungen der Entente.

Moskau, 6. September. (Amtlich.) Erklärung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten. Zur selben Zeit, als unter Mitwirkung der neutralen Mächte die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik Unterhandlungen mit den Regierungen Frankreichs und Englands über den Austausch von diplomatischen Vertretern sowie überhaupt von Militär- und Zivilpersonen führte, kam es an den Tag, daß die diplomatischen und Militärvertreter Englands und Frankreichs ihre amtliche Stellung zur Organisation von Verschwörungen auf dem Territorium der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik benutzten, die darauf gerichtet waren, durch Bestechung und Agitation unter den Truppen den Rat der Volkskommissare in ihre Macht zu bekommen, sowie die Schwächung der Sowjet-Regierung durch Sprengen von Brücken, Explosivstoffen von Nachschmittellagern und von Eisenbahnzügen zu betreiben. Die in Händen der Regierung befindlichen Angaben, sowie diejenigen, die schon teilweise in Erklärungen der außerordentlichen Untersuchungskommission und der Kommissare der nordischen Kommande enthalten sind, ergeben einwandfrei die Tatsache, daß die Fäden der Verschwörung in die Hände des Chefs der englischen Mission Lockhart und seiner Agenten zusammenliefen. Es wurde ebenfalls festgestellt, daß das Gebäude der englischen Gesandtschaft in Petrograd tatsächlich in eine konspirative Wohnung für die Verschwörer umgewandelt war. Unter diesen Umständen, getragen von dem aufrichtigen Wunsch, in vollem Maße die diplomatische Immunität und die Gesetzmäßigkeiten internationaler Beziehungen zu wahren, sah sich die Regierung der russischen Sowjet-Republik dennoch außerstande, den nach Rußland in der Eigenschaft diplomatischer und militärischer Vertreter gekommenen Personen uneingeschränkte Handlungsfreiheit zu lassen, als sie faktisch die Rolle von Verschwörern gegen die Regierung Rußlands auf sich nahmen. Daher sah sich die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik genötigt, die der Beteiligung an Verschwörungen überführten Personen solchen Bedingungen zu unterwerfen, unter denen sie der Möglichkeit beraubt wurden, ihre vom Standpunkt des internationalen Rechtes verbretterische Tätigkeit fortzusetzen.

Da die englischen und französischen Truppen in das Territorium der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik eindringen zur Unterdrückung offener Aufstände gegen die Sowjetherrschaft, während die diplomatischen Vertreter dieser Mächte innerhalb Rußlands Organisationsarbeiten zu keinem Staatsumsturz schaffen und die Macht an sich zu reißen versuchen, so steht die Regierung der russischen Republik unter dem Gebote der Notwendigkeit, trotz es, was es wolle, die notwendigen Maßnahmen zur

Selbstverteidigung zu ergreifen. Alle internierten Vertreter der englischen und französischen Bourgeoisie, unter denen sich kein einziger Arbeiter befindet, werden sofort in Freiheit gesetzt werden, sobald die russischen Staatsangehörigen in England und Frankreich und im Okkupationsgebiet der verbündeten Truppen und der Tschecho-Slowaken Repressalien und Verfolgungen nicht länger ausgeübt werden. Die englischen und französischen Staatsangehörigen werden sofort die Möglichkeit erhalten, das Territorium Rußlands zu verlassen, sobald die Möglichkeit der russischen Staatsangehörigen in England und Frankreich zugestanden wird. Die französischen Militärpersonen werden diese Möglichkeit erhalten, wenn russische Soldaten unter Anteilnahme des internationalen, sowie des russischen Roten Kreuzes aus Frankreich zurückbefördert werden. Den diplomatischen Vertretern beider Teile, darunter dem Rädelsführer der Verschwörung, Lockhart, wird die Möglichkeit zur gleichzeitigen Rückkehr eingeräumt werden. Schon nachdem die Regierung der Sowjet-Republik die obengenannten Entschlüsse angenommen hatte, erhielt sie von der englischen Regierung die Zuspruchmitteilung von der Verhaftung des Genossen Litwinow und seines Personals. Dieser Umstand kann für uns nur als eine überflüssige Bestätigung für die Richtigkeit unserer Handlungen und die völlige Berechtigung unserer Befürchtungen angesehen werden, als wir die Abreise Lockharts und seiner Mitarbeiter aus Rußland vor der Abreise Litwinows aus England ablehnten. Die in dem englischen Zuspruch sowie in der gleichzeitig durch Zuspruch erhaltenen Erklärung der französischen Regierung enthaltene Drohung, für den Fall der weiteren Inhaftierung englischer und französischer Staatsangehöriger individuelle Repressalien gegen alle hervorragenden Bolschewiki, die in die Hände der betreffenden Regierungen fallen sollten, anzuwenden, bedeutet für uns nichts Neues, da schon jetzt derartige Repressalien, darunter die Fünftierung von Sowjetmitglidern im Okkupationsgebiet der Ententemächte, durchgeführt werden. Wir bleiben bei unserem früheren Vorschlage, auf Repressalien Verzicht zu leisten, falls die Ententemächte von solchen absehen sollten. Wie wir schon wiederholt darauf hingewiesen haben, beziehen sich unsere Vorsichtsmaßnahmen ausschließlich auf die englische und französische Bourgeoisie, während wir keinen einzigen Arbeiter irgendwie einschränken werden.

Zur Lage in Rußland liegen folgende Meldungen vor: Bisher wurden aus Bergelung für die Ermordung Urizkis 512 sogenannte Gegenrevolutionäre, darunter 10 rechte Sozialrevolutionäre, erschossen. Die Namen der Erschossenen wurden bisher nicht veröffentlicht.

Ferner wird aus Petersburg gemeldet, daß auf der ersten Liste der im Falle eines neuen Attentats zu erschießenden Geiseln 121 Namen, meist vormalige Offiziere, stehen.

Die Ententetruppen befinden sich nach einer Helmsinger Meldung auf dem Marsch nach der finnländischen Grenze.

## Was der Krieg bringt.

Deutscher Abendbericht.

W.B. Berlin, 9. September, abends. (Amtlich.) Beiderseits der Straße Peronne-Cambrai heftigsten erneute Angriffe der Engländer. Von den übrigen Frontabschnitten nichts Neues.

Die gegnerischen Berichte.

Französischer Bericht vom 8. September, nachmittags. Nördlich der Dike bemächtigten sich die französischen Truppen des Dorfes Menneville und sind an den St.-Quentin-Kanal herangekommen. Südlich der Dike rückten sie in Richtung auf Servate, in der Gegend von Laferoy, sowie nördlich von Celles vor. In der Nähe hielten sie trotz mehrfacher deutscher Gegenangriffe ihre Stellungen. Zwei Handstreife in der Champagne brachten Gefangene ein.

Französischer Bericht vom 8. September, abends. Im Laufe des Tages verwickelten unsere Truppen den neuen Fortschritt nördlich der Somme. Wir nahmen Flanvieres und Huppencourt. Südlich der Somme wurde der Widerstand des Feindes besonders heftig bei den nördlich und südlich von St. Simon getriebenen Kämpfen. Avesnes, das von den Deutschen angegriffen und zum Teil von ihnen genommen wurde, ist nach erbittertem Kampf wieder genommen worden, wobei wir 100 Gefangene machten. Avesnes (nordöstlich von St. Simon) fiel in unsere Hände. Auf beiden Seiten der Dike haben wir östlich von Hagnoyers und westlich Servate Boden gewonnen.

Englischer Bericht vom 8. September, nachmittags. Bei Einbruch der Nacht hatten unsere Truppen gestern Hillwood, Saintemilla (?) und den größeren Teil des Herrington-Waldes in Besitz genommen. Gestern abend und während der Nacht fand ein heftiger Kampf östlich von Herries und im Abschnitt westlich von Armentieres statt, ohne die Lage wesentlich zu verändern. Westlich von La Bassée machten unsere Patrouillen weitere Fortschritte in den Stellungen des Feindes.

Englischer Bericht vom 8. September, abends. Auf dem südlichen Teil der Schlachtfront sind unsere Truppen jetzt in das Gebiet der Verteidigungsstellungen eingetreten, das früher von uns gegen die deutsche März-Offensive errichtet wurde. Der Feind bietet vermehrten Widerstand in diesen vorbereiteten Verteidigungsstellungen. Heute fanden heftige Kämpfe an verschiedenen Punkten statt. Unsere Vortruppen drängen vorwärts und

gewonnen Boden in Richtung auf Verdun, Heubescourt und Epéhy. Derliche feindliche Angriffe wurden am 8. September südwestlich von Floingheret und östlich von Bulbechem zurückgeschlagen. Auf der übrigen englischen Front ist nichts von besonderer Interesse zu melden. Die Zahl der von den englischen Truppen in Frankreich gemachten Gefangenen überschreitet in der ersten Septemberwoche 1900.

### Wacht auf!

Der frühere Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, veröffentlicht in der „Neuen Freien Presse“ einen Artikel über „Ablösung und Schiedsgericht“, in welchem er ausführt: Die ausgezeichnete Rede Dr. Solfs beweist, daß auch an maßgebenden Stellen in Berlin der Gedanke Raum gewinnt, daß dieser Krieg eine neue Weltordnung gebären werde. Augenblicklich sind die Entente-Mächte in einem Siegestaumel. Die Enttäuschung und der Reizeschmerz werden kommen. Aber dann dürfen wir nicht wieder vom Verständigungsfrieden abirren, sonst werden wir uns so lange im Kriege herumdrücken, bis wir alle — Freund und Feind — zugrunde gegangen sind. Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, daß der Widerstand, dem Gedanken der Abrüstung auch nur grundsätzlich näher zu treten, der härteste Balken ist, der das Friedensstadium noch verperrt, und ich halte diesen Widerstand daher für einen schweren, kriegsverlängernden Fehler, von welcher Seite er immer komme.

Die in England und Frankreich heute führenden Männer wollen die Vernichtung der Zentralmächte. Sie wollen den „Siegesfrieden“. Aber ich bin ebenso überzeugt, daß es ihnen nur darum geht, den Kriegswillen der Massen lebendig zu erhalten, weil sie denselben die Idee der deutschen Welt Herrschaft mit Erfolg suggerieren. Das wirkliche Deutschland will ebenso wie wir einen ehrenvollen Frieden. Es will keine Welt Herrschaft, keine weiteren Kriege und keine Unterdrückung fremder Völker.

Und dieses Deutschland ist unter unjertrennlicher Bundesgenossenschaft bis zum guten oder schlechten Ende. Ehre, Bundespflicht und Selbsterhaltungstrieb erfordern dies. Diesem Deutschland haben wir unser Wort verpflichtet und werden es halten.

Da maßgebende Stellen des Berliner Kabinetts sich heute öffentlich zu dem Gedanken einer neuen Weltordnung bekennen und da, wie ich vermute auch unser Minister des Auswärtigen diesem Grundgedanken nicht ablehnend gegenübersteht, so scheint nichts im Wege, daß die Mittelmächte die Grundprinzipien dieser neuen Weltordnung ausarbeiten und damit vor die Welt treten.

Vom Ufer der Donau aus sollte der Ruf in die Welt erschallen: „Wacht auf, wacht auf aus diesem bösen Traum von Blut und Gewalt! Eine neue, eine bessere Zukunft soll geschaffen werden!“ Der Tag wird kommen, an welchem Millionen aller Völker diesen Ruf wiederholen werden.

### Flaumacher und Kriegsverlängerer.

Bei dem 25-jährigen Jubiläum der „Dresdener Neuesten Nachrichten“ hielt der sächsische Ministerpräsident, Graf Bismarck v. Dönhofs, eine Rede, in der er sagte, es sei fast keine Brücke der Verständigung mehr vorhanden zwischen den sogenannten Pazifisten, Flaumachern, Kriegsverlängerern und Annexionsisten. Und doch, fuhr der Minister fort, müssen wir immer wieder der Versuchung nachgeben, uns zu sammeln. Das ist freilich nur möglich unter dem letzten Einfluß des Durchhaltens. Es ist über Friedenssehnsucht und Friedensbereitschaft schon so viel gesprochen worden, daß man sagen kann: „Je mehr man vom Frieden redet, um so ferner rückt er.“ Aus den Äußerungen der gegnerischen Staatsmänner wissen wir ja nun, daß die Erfolge, die die feindlichen Armeen in letzter Zeit erritten haben, unsere Gegner in einen Siegestaumel versetzt haben, aus dem heraus sie nicht nur jedes Friedensangebot ablehnen, sondern uns Kriegsziele enthüllen, die die völlige Vernichtung deutschen Wohlstandes und deutscher Kultur zur Folge haben müssen. Der Friede, den sie uns in diesen Reden in Aussicht stellen, ist überhaupt kein Friede mehr zwischen zwei Gegnern, die ihre gegenseitige Selbstberechtigung anerkennen, sondern die Erdrosselung Deutschlands. Ihnen gegenüber erhebt jeder Versuch einer Verständigung ausichtslos. Wir müssen uns darauf beschränken, ihnen die heuchlerische Maske vom Gesichte zu reißen, mit der sie versuchen, uns färrtweise ein Zugeständnis nach dem anderen zu erlösen, ohne sich selbst auch nur im geringsten zu binden.

Mit feindlichen Agenden, die überall umhergeschlichen und die Siegesverzicht untergraben, müsse kurzer Prozeß gemacht werden. Der Minister verlangte schließlich, daß das Vaterland in Gefahr sei, von jedem dem Einfluß seiner Persönlichkeiten und Zurückhaltung aller Meinungsverschiedenheiten.

Der sächsische Ministerpräsident fügt, wie man nicht erst seit gestern weiß, im Kampfe zwischen „Flaumachern“ und „Kriegsverlängerern“ entschieden noch auf der Kriegsverlängernden Seite. Das zeigt auch sein Eintreten für einen neuen Burgfrieden a la Gethartel.

### Eine neue päpstliche Friedensaktion?

Die katholischen „Neuen Zür. Anst.“ melden, daß man in vatikanischen Kreisen den Augenblick als nahegekommen erachtet,

in dem eine neue Wendung der politischen und militärischen Ereignisse eintritt, die der Papst als angemessen betrachten werde, um einen erneuten heißen Appell an die Völker der Erde, vor allem an die Katholiken zu richten, um möglichst bald den Frieden herbeizuführen.

Jeder, der für den Frieden eintritt, erwirbt sich den Dank der leidenden Menschheit.

### Der Hetmann beim Kaiser.

Der Hetmann der Ukraine ist Sonnabend vom Kaiser auf Schloß Wilhelmshöhe empfangen worden. Beim Frühstück haben sie nach kaiserlichem Kommando Trinksprüche auf einander ausgetauscht. Der Kaiser sagte:

„Als nach dem Freiwerden der im russischen Zarenreiche gebundenen Volkskräfte die Ukraine sich zu einem selbständigen Staat erklärte und sich an Deutschland mit der Bitte wandte, ihr bei der Errichtung ihres Staates behilflich zu sein, habe ich freudig meine Hand dazu geboten, Ihnen die gewünschte Hilfe zu gewähren. Meine Regierung und die meiner hohen Verbündeten übernahmen die Aufgabe, der Ukraine die völkerrechtliche Grundlage für ihre staatliche Geltung zu verschaffen und unsere Armeen wirkten dabei mit, dem von umstürzlerischen Elementen aufgewühlten Lande die Ruhe zu bringen. Emporgediehen und getragen von der breiten Masse des ukrainischen Landvolkes und der ordnungsliebenden Bürgerschaft haben Eure Durchlaucht dann mit Umsicht und Tatkraft die Ukraine zu einem neu geordneten Staatswesen aufzubauen begonnen und durch Schaffung von Recht und Gesetz die Grundlage für Freiheit und Ordnung gelegt. Vieles bleibt noch zu tun übrig, aber schon hat die Ukraine unter der tatkräftigen Leitung Eurer Durchlaucht einen weiten Weg ihrer Festigung zurückgelegt und sich damit die Grundlage künftiger Entwicklung gesichert. Daß sich dabei durch die gemeinsame Arbeit zwischen unseren beiden Völkern mehr und mehr ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens zu entwickeln beginnt, das gereicht mir zur besonderen Freude.“

Der Hetmann der Ukraine antwortete darauf in ukrainischer Sprache und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser.

Das Wort des Kaisers von dem durch „umstürzlerische Elemente“ aufgewühlten Lande erinnert stark an frühere Kaiserreden. Es ist aber jetzt sehr unzeitgemäß, besonders seitdem auf dem Gebäude der russischen Vorkriegsunter den Linden in Berlin die rote Flagge weht.

### Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 9. September. (Mitteil.)

Auf dem Monte Pertica wurden vorgestern abend und gestern früh italienische Angriffe durch Feuer abgeschlagen. Der Feind erlitt schwere Verluste.

### Ueber Bulgariens Haltung.

War in welschweizerischen Blättern das Gerücht verbreitet worden, Bulgarien habe Vorschläge zu einem Sonderfrieden gemacht. Demgegenüber erklärt die bulgarische Gesandtschaft in Bern diese Meldung als durchaus unwahr.

### Angriff Roter Garde gegen eine sozialrevolutionäre Arbeiterverammlung.

Die neue schwedische Proletenrat meldet aus Moskau: „Obwohl alle nichtsozialistischen Vereine und Organisationen verboten sind, wurde neulich in der Moskauer Vorstadt eine Versammlung sozialrevolutionärer Arbeiter abgehalten. Die Versammlung, die unter freiem Himmel tagte, wurde sofort den Sowjetbehörden gemeldet, die eine Abteilung lettischer Roter Garde entsandte, um sie zu vertreiben. Da die Arbeiter sich weigerten, dem Befehl zu folgen, eröffneten die lettischen Soldaten das Feuer, wobei über 200 verwundet und 49 Arbeiter getötet wurden. Das bolschewistische Justizkommissariat erklärt, eine gegenrevolutionäre Proletenratliste in der Hand zu haben, auf der unter 28 Bolschewiki vor allem auch die Namen Rabak, Simenjew, Lunatscharski, Swerdlow als zum Tode Verurteilten stünden.“

### Für die Errichtung eines Völkerbundes.

Für Sicherung eines dauernden Friedens sprach sich die nordische interparlamentarische Konferenz in einer Resolution aus.

### Gegen die Knout-Politiker.

Der Deputierte Longuet protestiert im „Populaire“ energisch gegen die Knout-Außerungen Lafts und Churchills, die ein Todesurteil gegen die Jugend der ganzen Welt seien. Dagegen müsse das internationale Proletariat mit allen Kräften Stellung nehmen. Die englischen Gewerkschaften hätten der Kriegsverlängernden Politik Harold Willsons und Robert Cecil und sonstiger Kriegsverlängerer eine klägliche Niederlage bereitet. Dies gehe auch daraus hervor, welchen Weg die Arbeiterklassen im vergangenen Jahre zurückgelegt und wie sie sich nun dem blinden Chauvinismus und von den Ausrottungs-Sophismen entern hätten. Es sei die Pflicht der Arbeiter und Bauern Frankreichs, durch ihre Vertreter im Parla-

ment und durch Anstrengungen in ihren politischen und wirtschaftlichen Organisationen nunmehr gleichfalls ihren Standpunkt in dieser Frage zum Ausdruck zu bringen.

### Der englische Gewerkschaftskongress.

auf dessen Verhandlungen wir morgen etwas ausführlicher zurückkommen, beschäftigt sich auch mit der Frage der Weigerung. In erfreulich klarer Weise nahm der Kongress debattelos in folgender Resolution Stellung gegen die Forderung: „Der Kongress, der die beständige Weigerung, den ordnungsmäßig erwählten Vertretern der organisierten Arbeiterklasse Forderungen zu gewähren, beobachtet, verurteilt diese Politik der Weigerung und erklärt, daß das Beharren bei derselben dazu führen muß, daß die organisierte Arbeiterbewegung die Herausforderung der Regierung annimmt. Der Kongress weist warnend darauf hin, daß die Gebuld der organisierten Arbeiter angeht des fortgesetzten Affronts gegenüber dem organisierten Arbeitertum schnell zu Ende geht.“

### Die Wiedereröffnung der Pariser Kammer.

Die erste Kammer Sitzung, die nur knapp vierzig Minuten gedauert hat, ist sehr ruhig verlaufen. Die Lage des Ministeriums Clemenceau ist, wie anzunehmen war, durch die militärische Lage sehr gestärkt, und die Opposition ist infolge dessen verstimmt. Keine Partei denkt zurzeit daran, die Regierung über ihre allgemeine Politik zu interpellieren, und selbst die Malvo Affäre verschwindet zunächst im Schoße einer Kommission. Siegesbewußt sah Clemenceau in hellem Sommeranzug auf der Regierungsbank, umgeben von dem ganzen Stabe seiner Mitarbeiter, und empfing gelassen die Begrüßungen zahlreicher Abgeordneter. Unter den Abgeordneten, die den Ministerpräsidenten begrüßten, befand sich auch, wie der „Matin“ berichtet, Rene Renoult. Renoult ist Präsident der Kammergruppe der Radikalen und radikal-sozialistischen Partei, und nichts ist bezeichnender dafür, daß die radikale Partei gegenwärtig an keine Opposition denkt, als dieser auffällige Handdruck ihres Präsidenten. Clemenceau hat sich dem auch bedankt, den so gefälligen Abgeordneten in seiner kurzen Rede, die wirklich nicht viel länger war, als sie von der offiziellen Agentur verbreitet wurde, ein öffentliches Lob auszusprechen. „Es ist ungerecht“, erklärte er, „daß die Regierung ihre Blide nach dem Parlament richtet, von dem ihre Stärke kommt. Sie muß ihm das Lob ausstellen, daß es in den schwersten Stunden keine Schwäche gezeigt hat und uns die Mittel gegeben hat, den Sieg vorzubereiten. Wir wollen“, so schloß der Ministerpräsident, „mit unseren Alliierten den Sieg der Humanität.“ Im übrigen bestand die Rede, ebenso wie die Ansprache Deschanel's, aus einer Huldigung an die Armeen, was zweifellos den Anlaß dazu gab, daß die Kammer beschloß, die paar politisch belanglosen Sätze öffentlich anzuhängen zu lassen. Während der Rede Clemenceaus erfolgte nur ein einziger Zwischenruf. Der Ministerpräsident führte aus: „Wir werden bis zu dem Tage kämpfen, wo die alten Ketten der ältesten Unterdrückungen der Vergangenheit entzweit gerissen und durch Neuschöpfungen der Gerechtigkeit, durch neue Entwicklungen der Freiheit ersetzt werden.“ Bei dieser Stelle ruft Renoult: „Durch die Gesellschaft der Nationen!“ Es erscheint jedoch fraglich, ob Clemenceau bei den obigen Phrasen an den Völkerbund gedacht hat, obwohl er dieser Tage erklärt hat, daß er seinen früheren Widerwillen gegen dieses Projekt aufgegeben habe.

Nach der Rede Clemenceaus gab der Kammerpräsident dem Saule das Urteil des Staatsgerichtshofes gegen Malvo bekannt. Es kam hier auch nicht zu der geringsten Aussprache. Der Abgeordnete Grodet verlangte, daß diese Angelegenheit nicht, wie üblich, einer efgliedrigen Kommission, sondern einem Ausschuss von 44 Mitgliedern überwiesen werde, in der alle Parteien vertreten seien. Dieser Vorschlag wird angenommen. Die Sitzung, die um 3 Uhr 20 Minuten begonnen hatte, war um 4 Uhr beendet. Am Vormittag hatten die sozialistischen und die radikalsozialistischen Parteigruppen getagt und in einer Tagesordnung nochmals gegen die Verurteilung Malvos protestiert. Diese Proteste bleiben jedoch vorläufig ohne Folgen, da keine Interpellation in der Angelegenheit eingebracht ist.

In der Freitagssitzung behandelte die Kammer eine Interpellation über die Lebensmittelpersonen. Nach einer Rede des Versorgungsministers Borel forderte die Kammer die Regierung in einer Tagesordnung auf, die Produktion zu erhöhen und die Einfuhr zu fördern und gibt ihrem Vertrauen Ausdruck. Die nächste Sitzung erfolgt Donnerstag.

### Eine unüberlegte Tat?

In Chile haben deutsche Seeleute dort liegende deutsche Schiffe dadurch geschädigt, daß sie die Maschinen zerstörten. Hierauf griffen die chilenischen Behörden zur Besetzung der Schiffe. Nach einer Reutermeldung aus Santiago veröffentlicht der deutsche Gesandte von Eardt eine Note, worin er sich dafür verbürgt, daß keine neuen Zerstörungen von Maschinen oder Verletzungen von Schiffen vorkommen werden, daß eine Anordnung getroffen wurde, daß die chilenischen Behörden jederzeit

## Am Abgrund.

Kriminalroman von Natalie S. Lincoln.

### 34. Fortsetzung.

Die Briefschloß nahm sie mit, da sie dachte, diese könnte Papiere enthalten, welche Beziehung auf sie hätten. Deshalb verbrannte sie sie samt ihrem Inhalt, ohne sie weiter zu untersuchen, denn so groß war ihre Haß, sich jeden Beweis ihrer Schuld zu entledigen. Auch wagte sie nicht, noch länger zu bleiben, um Floyds andere Sachen zu untersuchen, da sie in tödlicher Furcht war, überführt zu werden. Dies ist alles, was sich auf die gegenwärtige Verhandlung bezieht, andere jedoch, als er das Bekennnis niederglegte.

Warren beantragte nun sofortige Entlassung seiner Klientin, da sie nunmehr vollständig gerechtfertigt sei.

Langsam begann nun der Vorsitzende:

Die Angeklagte ist nicht schuldig befunden worden des vorliegenden Mordes, Herr Senator, aber sie ist noch nicht frei von der ersten Anklage der Spionage. Wir müssen also erst die Zeugenaussagen des Soldaten Belden hören.“

Foster erhob sich. „Hier ist ein Telegramm, welches mir soeben übergeben wurde“, er überlas es und sagte dann: „Es meldet, daß der Soldat Belden in der Schlacht an der „Seemanns Wacht“ am letzten April getötet wurde.“

Warren trat hieran vor: „Ich stelle nunmehr vor diesem ehrenwerten Gerichtshof, daß die erste Anklage gegen meine Klientin hinsichtlich der Spionage nur vom Hörensagen nicht als gültige Beweise gelten; außerdem erklärte Edwards, daß die Angeklagte der Depesche sagt die meiner Klientin war. Sie ist bereits von der zweiten Anklage gereinigt, die erste ist nicht bewiesen — deshalb fordert ich nochmals ihre sofortige Entlassung aus der Haft.“

In diesen Augenblick übergab One O'Donnogh Foster ein Schriftstück, das dieser häufig datierte. O'Donnogh hobte es in dem Vorhange und den übrigen Offizieren ein, nachdem er Warren mitteilte, daß neue und wichtige Beweise die erste Anklage betreffend vorläge.

Obgleich Warren dagegen Einspruch erhob und anführte, daß die Vernehmung beendet sei, beschloß der Gerichtshof doch die Wiederaufnahme der Verhandlung, was erlaubt ist, wenn es sich als nötig herausstellt, weitere Zeugen zu vernehmen. Es wurde also zunächst Oberst Baker angerufen.

Beunruhigt und argwöhnisch schaute Warren seinen Sitz wieder ein — sollte ihm im entscheidenden Augenblick noch der Sieg entziffen werden?

„Kennen Sie die Ingeklagte?“

„Ja, ich habe sie als Spionin verhaftet.“

„Haben Sie Beweise hierfür?“

„Ja, dieses hier.“ Er zog aus der Tasche ein beschmutztes Bismarckartikelfläschchen aus rotem Leder.

Kellys Augen öffneten sich weit vor Schreck, und sie erlebte die schrecklichste

„Schon oft hatte ich bei Fräulein Kemton Hausdurchsuchung abgehalten, doch immer ohne Erfolg; heute beschloß ich, mein Glück noch einmal zu versuchen. Als ich in den Stall treten wollte, bemerkte ich einen rotbraunen Nachtelhund, der im Garten herumharrte, und ich beobachtete ihn wohl zehn Minuten lang. Schließlich hatte er seinen Knochen gefunden und herausgegraben — und mit ihm eine Bismarckflasche, die die Lebertrichter enthält.“

Fast hätte Kelly laut ausgeheult: so hatte Wilson sie verurteilt — ihr Kammer, ehrlüchzt gerend, nach dessen Gesellschaft sie seit vielen Tagen gesucht hatte. Kaum konnte sie Bakers weiteren Bewegungen folgen, denn Tränen verunklärten ihr: Blide. Er entnahm der Tasche ein abgenutztes Papier und überreichte es Foster, der es laut vorlas. Es war ein Erlaß aus dem Kriegsministerium der Konföderierten in Richmond vom Jahre 1862, der sie zur Geheimagentin der Konföderation ernannte und dem ihre genaue Personalbeschreibung folgte:

Alter — 21, Höhe — 5 Fuß 7 1/2 Zoll, Stirn — hoch, Augen — hellbraun, Nase — ziemlich kurz und gerade, Mund — mittelgroß, Kinn — rund mit tiefen Grübchen, Haar — rotgold, Gesichtsfarbe — hell, Gesicht — oval.

Geschildert war es von dem Kriegsminister James A. Seddon. Stillschweigend nahm der Vorsitzende das Papier entgegen und gab es den übrigen Offizieren zur Einsicht; dann fragte

Foster den Senator, ob er noch etwas von dem Zeugen zu erfahren wünsche.

„Wer war zugegen, als sie dies Papier fanden, Herr Oberst?“

„Der Generalprokurator und zwei seiner Leute; auf der Lebertafel befinden sich die Anfangsbuchstaben der Gefangenen.“

Warren erklärte, daß er dem nichts hinzuzufügen habe, und Baker wurde entlassen. Gefragt, ob er noch etwas vorbringen wolle, sagte der Senator langsam, während er nach Kellys abgewandtem Gesicht hinblitzte:

„Mein Schriftstück muß für sich allein betrachtet werden und ist meiner Ansicht kein vollständiger Beweis für die gegenwärtige Anklage; sollte aber der Gerichtshof doch zu einer Verurteilung kommen, so bitte ich, die Jugend und das Geschlecht der Gefangenen in Berücksichtigung zu ziehen.“

„Halt!“ Kelly sprang auf und redete ihre schlaffe Gestalt zu voller Höhe empor. „Es ist mein Recht, für mich selbst auszusagen, und ich wünsche keine solche Ausflüchte. Da mein Geschlecht mich verhindert, mit den Waffen in der Hand für die Sache, die ich liebe, zu kämpfen, so war ich bestrahlt, der Konföderation so zu helfen, wie ich es vermochte, nämlich mit der List des Weibes. Wie unsere Sache — hier zitterte ihre Stimme — so bin auch ich unterlegen. Meine Herren, ja — ich bin eine Spionin, das verächtlichste aller Wesen. Sie sind Soldaten — Sie kämpfen frei und offen und sterben ehrenvoll; ich kämpfe im Dunkeln und sterbe entehrt. Sie jochten aus Liebe zum Sternenhimmel — auch ich jochte aus Liebe zu meiner Fahne.“

Eine kurze Pause folgte, als Kellys klare, feste Stimme verklang, dann erhob sich der Vorsitzende.

„Die Sitzung ist geschlossen“, verkündete er feierlich; „das Ergebnis der Untersuchung wird der zuständigen Behörde zugestellt werden.“

Kelly schwankte leicht, als sie sich vor dem Gerichtshof verbeugte, doch nach kurzer Zeit erhobte sie sich wieder und folgte dem Unteroffizier der Wache, ohne ein Wort zu bliden. Stillschweigend riefte sie die Menge — der Schatten des nahenden Unheils ertöte jede Reizung zu lebendigem Geschwäh.

(Solus solus)

an Bord der deutschen Schiffe in chilenischen Häfen kommen können. Die Reuter berichtet, machte die Note in Chile keinen günstigen Eindruck.

**Anmerkung des Wolff-Bureaus:** Hier ging noch keine Meldung über die Angelegenheit ein. Es ist anzunehmen, daß die Zerstörungen von Maschinen auf deutschen Schiffen in Chile seitens der Schiffsbesatzungen in Verkenning der politischen Lage vorgenommen wurden. Tatsächlich sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Chile nach wie vor durchaus freundschaftlich.

Die Angelegenheit scheint uns noch ziemlich dunkel zu sein. Denn wir können es uns kaum denken, daß deutsche Seelente mit nichts, als nichts ihre Schiffe beschädigen und sich dadurch evtl. selbst in Gefahr begeben, ohne Deutschland damit zu nützen.

### Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 10. September. Unsere U-Boote versenkten im Sperrgebiet des Mittelmeeres 17.000 Brutto-Register-Tonnen Handelschiffraum, darunter den beladenen englischen Munitionstransportdampfer „Marie Suzanne“ (3106 Brutto-Register-Tonnen) im Ägäischen Meer, den französischen Truppentransportdampfer „Rampa“ (4471 Brutto-Register-Tonnen) auf der Reise von Marseille nach dem Ägäischen Meer und den französischen Postdampfer „Balkan“ (1709 Brutto-Register-Tonnen) auf dem Wege von Frankreich nach Korfu. Mit diesem sind nach feindlichen Zeitungsmeldungen 500 Soldaten untergegangen. Ein deutsches U-Boot drang in den durch Sperrnetze geschützten Hafen Stavros im Ägäischen Meer ein und erzielte einen Torpedotreffer auf einen englischen Kreuzer der „Tuna“-Klasse (6700 Tonnen). Trotz heftigster Gegenwehr gelang es dem U-Boot unversehrt den Hafen wieder zu verlassen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Personenwechsel in der Reichsleitung?

Das „Leipziger Tageblatt“ läßt sich aus Wien melden, daß sowohl in Deutschland wie in Oesterreich wichtige Veränderungen in den leitenden Stellen bevorstehen sollen. In Berlin werde Graf Hertling aus dem Amte des Reichskanzlers scheiden und Staatssekretär Dr. Solf an seine Stelle treten.

Ob wir es hier mit mehr zu tun haben als einem jener Gerüchte, die in kritischen Zeiten leicht aufstauen, läßt sich vorläufig nicht sagen. Die Angabe gewinnt nicht gerade an Wahrscheinlichkeit dadurch, daß gleichzeitig gemeldet wird, demnächst würden die Abgeordneten Czajberger und Scheidemann in die Regierung eintreten.

Die „Wolff. Ztg.“ berichtet im Anschluß an die Meldung, daß der mutlich Ende dieser Woche der interfraktionelle Ausschuss der Mehrheitsparteien des Reichstages zusammentreten werde, um über die Lage zu beraten. Man könne wohl annehmen, daß bis zu Beginn der Beratungen des Hauptausschusses, die für Anfang Oktober geplant sind, die Lage sich geklärt haben werde.

Sich mit diesen Gerüchten und Vermutungen näher zu befassen und die Konsequenzen eines Personenwechsels an leitender Stelle im Reich zu erörtern, hat so lange keinen Zweck, als es an jedem sicheren Anhalt für die Richtigkeit der Angaben fehlt.

#### Der Sieg der liberalen Hausagrarien.

Die gestern stattgefundene liberale Wählerversammlung in Berlin I stellte mit 103 Stimmen den Geh. Justizrat Kempenet als Reichstagskandidaten auf. Auf den früheren Staatssekretär Dr. Dernburg, der insbesondere von den Hausagrarien bekämpft wurde, weil er sich stark der Mieterinteressen angenommen hatte, entfielen 90 Stimmen. — Als Politiker muß man die Rursichtigkeit der Berliner Liberalen, die sich nur von nackter Interessenpolitik leiten lassen, bedauern.

#### Die Schuld der Alldeutschen.

In der letzten erscheinenden Nummer der „Preussischen Jahrbücher“ rechnet Prof. Hans Delbrück mit den Alldeutschen scharf ab. Er schreibt u. a.:

„So gewiß wir den Krieg nicht gewollt haben, so müssen wir doch bekennen, daß wir in Deutschland eine Bewegung hatten, die den Argwohn der anderen Nationen erregte, und von der öffentlichen Meinung viel zu wenig beachtet, jedenfalls lange nicht scharf genug zurückgewiesen worden ist.“ Die „Preussischen Jahrbücher“ können sich das Zeugnis geben, daß sie lange vor dem Kriege geschrieben haben, die Alldeutschen seien viel gefährlicher als die Sozialdemokraten, da diese uns in einem Krieg verwickeln könnten, der sonst vermieden werden könne. Der Reichskanzler in Washington, Graf Bernstorff hat die alldeutschen Forderungen scharf getadelt, und als Herr v. Seydewitz sich einmal im Reichstag in pathetischen chauvinistischen Redewendungen erging, schlug ihn der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg schonungslos zu Boden. An Abwehr hat es also nicht gefehlt, aber wie ungeheuer uns das alldeutsche Treiben geschadet hat, wie sehr jede verlegene Forderung von den gleichgesinnten feindlichen Chauvinisten-Parteien ausgehört worden ist, das hat uns doch erst der Krieg selber gelehrt. Die falsche Marinepolitik des Admirals v. Tirpitz, der statt der Unterseeboote einen Dreadnought über den anderen baute, die nun doch die Blockade der Nordsee nicht verhindern können, den Argwohn der Engländer aber bis zur Raserei steigerten, wirkte damit aufs unheilvollste zusammen.

Das beste Mittel, der Welt zu zeigen, daß das regierende Deutschland endgültig und unwiderruflich den alldeutschen Bestrebungen die Tür gewiesen hat, wäre, wenn die Regierung alle jene alldeutschen Verheißungen vor dem Kriege sammeln ließe und aus der feindlichen Literatur nachweise, wie sehr uns dieses Gebahren geköhnet und zur Entzündung der Kriegsatastrophe beigetragen hat.“

Delbrück schildert ferner, wie alle Friedensbestrebungen durch alldeutsche Treibererren durchkreuzt wurden und kommt zu dem Schluß, daß weder die deutsche Regierung noch das deutsche Volk alles getan haben, was ratsam war und was in ihren Kräften stand, um die Ehrlichkeit unseres Friedenswillens und der Achtung vor den Rechten kleinerer Nationen zu verhängen.“ Freilich, „ehe nicht Feldmarschall Hindenburg die Westfront wieder festgemacht hat, ist politisch nichts zu tun“. Dann aber müsse sofort die politische Aktion einsehen, bei der es, wie wir dazu versichern können, an der Sozialdemokratie nicht fehlen wird.

#### Die Vaterlandspartei an der Front.

Nach Mitteilungen, die uns aus dem Felde zugehen, werden dort immer noch Flugblätter der Vaterlandspartei eifrig verbreitet. In einem uns besonders mitgeteilten Fall erfolgte die Verteilung am letzten Sonntag auf einem Kirchplatz kurz vor dem Gottesdienst. Eine dieser Schriften ist von C. Scholz-Homburg verfaßt und von Bügenstein in Berlin gedruckt. Sie führt aus, daß man auf keinen Fall nach dem Beschluß der Reichstagsfraktion handeln dürfe, das wäre „nicht nur völkischer Selbstmord, sondern sogar Vaterlandsverrat“. Der Beschluß des Reichstages dürfe auf keinen Fall ausgeführt werden. Ins-

# Der amtliche Kriegsbericht.

WZ. Großes Hauptquartier, 10. Sept. (Amtlich.)  
Weltlicher Kriegshauptquartier.

Bei Teilangriffen des Feindes nördlich von Rechem und nordöstlich von Ypern blieben kleinere Grabenstücke in seiner Hand.

Weiderseits der Straße Veronne-Cambrai setzte der Engländer seine Angriffe fort. Der Hauptstoß richtete sich gegen Gouzeaucourt und Epehy. Der Feind wurde abgewiesen. Auch am Abend auf dem Walde von Havincourt und südlich der Straße Veronne-Cambrai erneut vorbrechende Angriffe des Gegners scheiterten.

Seltige Kämpfe am Halman-Walde, südöstlich von Vermand und an der Straße Ham-St. Quentin. Unsere in vorletzter Nacht am Crozat-Kanal zurückgenommenen Truppen hatten gestern westlich der Linie Effigny-Bendeuil nur mit schwachen feindlichen Erkundungs-Abteilungen Fühlung. Teilkämpfe südlich der Oise. Artilleriekämpfe nördlich der Ailette. Zwischen Ailette und Aisne nahm der Artilleriekampf wieder große Stärke an. Heftige, bis zum Abend mehrfach wiederholte Angriffe des Feindes scheiterten. Württembergische Grenadiere zeichneten sich bei ihrer Abwehr besonders aus.

Zwischen Aisne und Vesle wiesen wir Verstöße der Franzosen ab. Eigene erfolgreiche Unternehmungen westlich von Reims, südwestlich von Parroy, an der Lothringischen Front und am Valler.

### Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Besondere sei von den Gegnern eine kräftige Kriegsent-schädigung zu verlangen.

In einer anderen Schrift, die im allgemeinen nur ein Auszug aus der ersten ist, heißt es:

„Nachdem die Kriegslage Deutschlands jetzt so vorzüglich ist, wie nur wenige sie vor einigen Monaten zu erhoffen wagten, kommt der Beschluß der Reichstagsmehrheit überhaupt nicht mehr in Frage.“

Die Reichstagsmehrheit hat monatelang vergeblich dagegen protestiert, daß sie durch alldeutsche Flugblätter an der Front herabgesetzt und verleumdet wird. Vielleicht erkennt man aber jetzt doch an allen maßgebenden Stellen, daß die weitere Verbreitung solcher Schriften nicht zeitgemäß ist.

## Nus Lübed und den Nachbargebieten.

Dienstag, 10. September.

Der Sozialdemokratische Verein hält heute abend im Gewerkschaftshaus eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Reichstagsabgeordneter Genosse S. Stubbe-Hamburg einen Vortrag über das wichtige und zeitgemäße Thema: „Die neuen Steuern und die Steuerpolitik des Reiches“ halten wird. Zahlreicher Besuch dieser interessanten Versammlung seitens der Mitglieder ist dringend erwünscht.

### Herbststimmung.

Wenn draußen auf den Feldern der Allweiberhammer seine silbernen Fäden zieht, Gespinste, womit unzählige kleine Spinnweben ihre Lustreise unternehmen, dann beginnt es zu hebeln. Abendermäßig hält der Herbst allerdings mit dem 23. September seinen Einzug. Doch so genau nimmt es die Natur nicht. Immerhin gemahnen gewisse Vorgänge in der Natur an das Scheiden des Sommers: auffallend kühle Nächte, starker Tau schon mit beginnender Dämmerung, kalte Morgenwinde bei bleiernem Sonnenschein, frische Temperatur bis gegen Mittag — so meldet sich der Herbst bei uns an. Häufiger Regen und Wind geben der Witterung einen besonders unfreundlichen Charakter.

In unsern Wäldern jedoch bietet, wenn die Herbstsonne wieder einmal scheint, der Herbst die ganze Fülle seiner Pracht dem Auge des Naturfreundes dar. Fast unbegreiflich sind die Farben, die dem großen Maler zur Verfügung stehen. Aber auch in Feld und Flur wirken die Herbstsonnenstrahlen Wunder. Alles, was den Menschen an pflanzlichen Erzeugnissen für den Winter zur Nahrung dient, reift der Ernte entgegen. Alle Hände sind an den wenigen regensfreien Tagen beschäftigt, um den Erntebelast zu bergen, und jedes Herz erfüllt sich mit Freude, wenn die Ernte gut geraten ist. — Herbststimmung.

Doch leider leben wir in einer Zeit, die selbst die poetischste Herbststimmung stark beeinflusst. Jedes Jahr während des Krieges konnten wir hören, daß die Ernte gut geraten, daß wir nicht zu hungern brauchen. Und mit jedem Herbst wuchs — trotz unserer „guten Ernte“ — die Teuerung. Und gar erst die Mangelhaftigkeit und Reichhaltigkeit, mit der uns das Füllhorn der Ceres beglückte! Wir denken mit — „Nehmt“ der Kohlrübe, wobei uns ein förmlicher Bonneschaer erfäßt in der Erinnerung daran, wie eine raffiniert intelligente Industrie ihr ganzes Hirn schmalz aufwandte, um alle die Variationen — Kohlrüben, marmelade“, Kohlrüben, „mus“, Kohlrüben, „lauertraut“, Kohlrüben, „kaffee“ und vor allem das Kohlrübenbörgermüße — als lederen Gewandstücke uns darbieten zu können, und zwar zu den „allerzünftigsten“ Preisen. Aber auch sonst hat Mutter Natur nicht gefogt und es wahrlich an Abwechslung für unseren reichhaltig gebildeten vegetabilischen Tisch nicht fehlen lassen. Wenn es auch nicht gerade Spinat mit Ei gemischt ist, so war es doch „Spinat“ von Zuckerrüben- und Kunkelrübenblättern, die wir auch als „Raps“ genießen durften; dann die zahllosen „Wildgemüse“, bei deren Genuss manchem Genießernden oft wild im Magen gemordet sein soll. Denn die Herdenweiden, die lieblichen, wann auch bleichen Schwämmern der richtigen Mohnröhe, — alles das und noch so vieles andere haben uns Sommer und Herbst in ungeahnter Fülle dargeboten. Daneben sorgt eine bis ins Innerste dringende Rationierung für die allergerächteste Verteilung fast auf dem Gesamtgebiet kulinarischer Genüsse.

Und wenn wir auch diesen Herbst wieder unseren Korpus betrachten und ihn mühsam zur Wage schleppen, so haben wir zum Schluß die sichere Vermutung, abermals eine Zunahme an — Gemischtsinnlichkeit feststellen zu können, um das uns zweifellos mancher Besucher Karlsbads beneidet. — Herbststimmung!

### Annexionistische Plakatagitation.

Noch immer sieht man in manchen Schaufenstern Plakate hängen, welche die alldeutsche Eroberungspolitik fördern sollen. Farbenprächtig wird darauf gefragt: „Darf Belgien Englands Aufmarschgebiet werden?“ Karte Pfeile zeigen die Aufmarschlinien in das nordwestliche Deutschland. Die erreichten Ziele für die einzelnen Mobilmachungswege auf Köln und das rheinische Industriegebiet zu sind eingetragen. Nun steht ja allerdings nicht auf dem Plakat gedruckt: Um dies alles zu erreichen, müssen wir Belgien annektieren. Aber welcher Durcheinanderbetrachter folgert das nicht? Wer fragt sich, ob man nicht zur Aufpeitschung der Kriegslust dieses Plakat mit viel mehr Berechtigung in Frankreich, England und Amerika aufhängt, wenn man nur die Frage und die Front umkehrt? — Ein anderes Bild zeigt „Deutschlands Schicksal in einem zukünftigen Kriege, wenn Belgien die Basis englischer Luftangriffe ist.“ Konzen-

trisch spannen sich um Belgien die „Zone der Vernichtung“ und die „Zone der Verwüstung“. Ihre Grenze zieht über Münster, Marburg, Gießen, Hanau, Kassel und Straßburg. Industrieanlagen stehen in Brand; Bomben fallen. Das also kann wohl nur eintreten, wenn Belgien Basis der englischen Luftangriffe ist? fragt ironisch ein Leser der „Frankfurter Ztg.“. Vorläufig, solange wir Belgien haben, sind wir von solchen Angriffen verschont! Oder lassen etwa schon feindliche Flieger nach Köln, Koblenz, Trier, Frankfurt, Saarbrücken, Mannheim, Karlsruhe oder Straßburg? Wenn man schon den englischen Zukunftstausel an die Wand malen will, warum rechnet man dann nicht logischerweise auch mit Frankreich als Gegner? Dann müßte man allerdings zugeben, daß die Fliegerei in Zukunft wäre wie heute, und das belgische Annexionssplakat wäre überflüssig. Da außerdem mit Fortschritten in der Flugtechnik zu rechnen ist, müßten wir auf Grund solcher Schlüsse mindestens bis Paris anretieren! Man sieht: Die Umschlage sind voll des Aufbegehrens und Unlogischen. Sie gängt man nun unmündigen Kindern vor Augen. Nun ist es interessant, wer denn trotz der Papierinapptheit diese Plakate in vielen Tausenden von Exemplaren in die Welt sendet. Sie werden von dem Militäroberbefehlshaber dem Herrn Minister für geistliche und Unterrichts-Angelegenheiten zum Aushang in den Schulen zur Verfügung gestellt! — Daß in Lübed diese Plakatpropaganda von dem mit staatl. Mitteln arbeitenden „Aufklärungsausschuss“ betrieben wird, sei der Vollständigkeit halber erwähnt.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, dem 16. September, abends 6 Uhr, statt.

### Abänderung der Verordnung über Bier und bierähnliche Getränke.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat gemäß den eingetragenen Steuerungen der Anketen der Brauereien die Erhöhung des Herstellerhöchstpreises für Bier auf 29 Mk. angeordnet und dazu mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 an bestimmt, daß der Stammwürzegehalt des zur Herstellung gelangenden Bieres mindestens 2 und nicht mehr als 3,5 vom Hundert zu betragen hat. Eine Fehlergrenze ist nicht zugelassen. Die Regelung hat zur Voraussetzung, daß die Gerstebelieferung die gleiche bleibt wie im Wirtschaftsjahre 1917/18. Außerdem ist bestimmt worden, daß die steuerliche Mehrbelastung des Bieres, die ab 1. Oktober 1918 durch das neue Biersteuergesetz eintritt, und der bierähnlichen Getränke, die durch das Gesetz betreffend die Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken ab 1. September 1918 eingetreten ist, in Höhe von 5,50 Mark bei Bier und in Höhe von 10 Mark bei bierähnlichen Getränken dem Höchstpreise zuge schlagen werden darf. Das gleiche ist für die Nachsteuer, soweit solche zu entrichten ist, vorgehoben.

Für den Bierhandel ist eine neue Bestimmung dahingehend getroffen worden, daß dieser, soweit für ihn nicht überhaupt der Herstellerhöchstpreis gilt, mit Wirkung vom 1. Oktober 1918 an dem Höchstpreise neben den baren Auslagen für die Verblendung ab Verladeestelle des Herstellungsortes und Rückführung der leeren Fässer bis zu dieser nur Mehrerträge zuzuschlagen darf, welche einschließlich Kommissions-, Vermittlungs- und ähnlichen Gebühren sowie für alle Arten von Aufwendungen, insgesamt einen von den Landesbehörden nach einheitlichen Richtlinien festzulegenden Höchstmaß nicht überschreiten dürfen.

Außerdem ist nunmehr ausdrücklich ausgesprochen worden, daß die Höchstpreise verringert um eine etwaige Ausführungsvergütung, auch für Bier und bierähnliche Getränke gelten, die vom Hersteller oder durch andere Personen aus einem anderen Brauereigebiet in das Gebiet der Norddeutschen Brauereigemeinschaft geliefert werden. Für Biere, die aus dem Auslande eingeführt werden, gelten sie nicht. Ebenso ist die bisherige Bestimmung, daß die Vorschriften keine Anwendung finden auf das Bier, das auf Anfordern der Heeresverwaltung oder der Marineverwaltung an die Feldtruppen zu liefern ist, unberührt geblieben.

Was man anderswo für die fehlende Fleischration gibt, hier in Lübed sollen als „Ersatz“ für das fehlende Fleisch in der fleischlosen Woche 3 Pfund Kartoffeln zur Verabfolgung gelangen. In Bremen dagegen werden als Ersatz 300 Gramm Brot ausgegeben. Neben dieser Lieferung, die aus den Beständen des Reiches erfolgt, gewährt die Lebensmittelkommission noch eine besondere Zulage in Gestalt von 125 Gr. Hülsenfruchtmehl. Ferner wird ein Ei verteilt. — Hier in Lübed wartet man seit Wochen vergeblich auf das eine Ei, welches dauernd auf dem Ernährungswochenprogramm steht, ohne daß es wirklich vorhanden ist.

**Kriegs-Zigaretten.** Die der Zigarettabau-Gesellschaft zur Verfügung stehenden Mengen an rumänischen Zigaretten werden in nächster Zeit verteilt. Der Preis der Tabake beträgt 8 Mark für das Kilo zuzüglich 3 Prozent. Zuweisungen erhalten nur solche Firmen, die von der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen als Heereslieferanten geführt werden. Die Zuteilung ist an die Bedingung geknüpft, daß der Heeresverwaltung für jedes Kilo rumänischen Tabak 2000 Stück Zigaretten geliefert werden, und zwar 600 Stück zum Preise von 22 Mark für die Tausend und 1400 Stück zum Preise von 28,50 Mark für die Tausend. Als Mißverhältnis sind 50 Prozent orientalisches Tabak zugrunde gelegt. Die Rumänische Zentrale überwacht auf Grund einer Zuteilungsschritte die Erfüllung dieser Bedingungen. Die kürzlich durch die Presse gegangene Mitteilung, wonach der Ersatz einer Bundesratsverordnung bevorstehe, nach der Zigaretten bis zu 50 Prozent aus Ersatzstoffen hergestellt werden dürfen, entbehrt nach Erkundigung der Süddeutschen Tabakzettelung an maßgebender Stelle jeder Begründung. — Abwarten!

Die neuen 20-Mark-Ressenscheine sind dem Kriege angepaßt worden. Das Papier der neuen Darlehnskassenscheine zu 20 Mark enthält, ebenso wie bei den bisherigen Scheinen gleichen Wertes, als durchscheinendes Wasserzeichen wiederkehrend die Zahl 20 in einer Umrahmung von verschlungenen Linien. Ein Streifen aus purpurroter, in das Papier eingebetteten Fasern zieht sich in senkrechter Richtung mitten über die Rückseite. Die Vorderseite trägt auf einem braungelben Grunddruck einen hellvioletten Tonplattendruck und darüber die rotbraune Zeichnung und die dunkelbraune Schrift. Das Gesamtbild wird durch einen reich verzierten Rahmen eingefasst, der in allen vier Ecken die Zahl „20“, und in der Mitte der obersten Leiste das Wort „Darlehnskassenschein“ enthält. Unter diesem steht auf einem mit Zierwerk gefüllten Grunde die Hauptzeile „Zwanzig Mark“ in deutscher Schrift. Die beiden links und rechts sich anschließenden rechteckigen Seitenfelder sind zweifach und enthalten oben je die große Zahl „20“, darunter links einen Ballastkopf, rechts einen Merkurkopf, beide nach innen schauend. Die Zeichnung der Rückseite zerfällt in drei wiederum von einem verzierten Rand zusammengehaltene Hauptfelder. Im Hauptfelde links steht ein gepanzerter Krieger, rechts eine mit den Sinnbildern des Friedens geschmückte Gestalt.

**Chefhebung von Militärpersonen.** Die für die Chefshebung von Militärpersonen gestellten Vorschriften (Erlasse vom 24. Februar 1915 und 30. September 1917) haben in einem Punkte eine Abänderung erfahren. Nach Benehmen mit dem Kriegsministerium hat der Minister des Innern verfügt, daß allgemein (bei dem Heere und bei der Marine) Unteroffiziere, mit denen nicht weiter kapituliert wird, die also bei der Demobilisierung zur Entlassung kommen, einer Heiratserlaubnis ihrer militärischen Vorgesetzten nicht bedürfen. Im übrigen verbleibt es bei den beiden Erlässen, insbesondere auch dabei, daß Mannschaften, die ihrer Dienstpflicht genügt haben, infolge des Krieges aber nicht entlassen sind, bei der Marine einer Heiratserlaubnis nicht bedürfen, wohl aber bei dem Landheere.

Käte Hyan, die beliebte Lautenspielerin, die hier schon so häufig und vor allem Bewölkungsreisen ihrer Kunst wohlverdiente Günst errang, war gestern wiedergekommen und strahlte im nächsten Saalbau über eine ihr wohlgenigte Gemeinde liebliche Gaben, jart duftende Lieder aus. Durch keine Klaunderien über eigene Erlebnisse und Eindrücke suchte sie eine gewässermaßen familiärentzliche Atmosphäre zu schaffen, in der die

...Kunstvoll mit lieblicher Stimme gesungenen Lieder des ...

Zur Witterung der Feitnot. Am meisten leiden unsere ...

Kettkämpfe und Vorführungen von Schülern und Schüle- ...

Altona. Kindesmord. Am Sonntag nachmittags 7 Uhr ...

Altona. Protest gegen die Erhöhung der Milch- und ...

Hamburg. Eisenbahners Tod. Der beim Rangieren ...

Köln. Den Liebhaber der Frau erschossen. Der ...

Grund zur Tat soll in einem ...

Bremen. Die Bremer Gewerkschaften zur Er- ...

Aus dem Gerichtssaal.

Ein sonderbarer Freispruch. In Düsseldorf wurde jüngst ...

Aus Nah und Fern.

Begnadigung. Der polnische Großgrundbesitzer Graf ...

Die größte Talsperr Deutschlands. Die künftlich ...

Kleinhamsterei und Schleifhandel. Ein Dresdener ...

dem Leben ist, was er auf die ...

Ein starkes Fernbeben wurde am Sonnabend ...

Der 'Segen' des Krieges. In Mainzer ...

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion ...)

Strassenbahn und Feldgrauen. In der ...

Ein großer Teil der Herren ...

Andere Städte sind ...

Verantwortlich für die Rubrik 'Aus Lübeck ...'

Bekanntmachung.

Die Zahl der Anmeldungen auf ...

Das Betriebsamt.

Die glückliche Geburt eines ...

Nach längerem schwerem ...

Theodor Nagel.

Ein Hegeboot.

Branne Rietlasche vert.

Blotwagen, Leiter- u. Wirtschaftswagen, extra stark.

In einigen Tagen beginnt die Pflanz-Ernte.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Wichtig, Friseur!

Dr. med. Geinck.

Gewerbebegehrung.

Zirkus Strassburger.

Zirkus Strassburger.